

# DJG-Notizen!

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder  
**Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.**



**92. Justizministerkonferenz  
Forderungsfindung:  
Was wiegt schwerer?**

## **JUMIKO**

92. Justizministerkonferenz

(Seite 4)

## **ONLINE-Umfrage**

Home-Office in der Justiz

(Seite 5)

## **Servicebereich kommt nicht zum Zug**

Ohne höheren Bildungsabschluß  
auf dem Abstellgleis?

(Seite 6)



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

durch die Vielfalt unserer Bundesländer erfahren wir, wie unterschiedlich sich manche politischen Entscheidungen im Bereich der Justizressorts während der Pandemie auf die Zufriedenheit beziehungsweise Unzufriedenheit der jeweiligen Justizbediensteten auswirkte. Während manche Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern über Maßnahmen, wie bspw. Vertrauensarbeitszeit oder Telearbeit kaum klagten, waren andere Bundesländer längst an den Grenzen ihrer Selbstorganisations- und Belastungsfähigkeit angelangt. So standen motivierte Kolleginnen und Kollegen aus einem Bundesland den frustrierten Kolleginnen und Kollegen aus dem benachbarten Bundesland gegenüber.

Wie wir täglich der Presse entnehmen können, treibt der „Wettbewerbsföderalismus“ hinsichtlich der bevorstehenden Bundestagswahlen seine schönsten Blüten aus. Gerade diese leidige Feststellung über unterschiedliche Ressourcen und ungleiche Personalpolitik begleitet den öffentlichen Dienst - aber insbesondere die Justiz - seit der Verwirklichung der Föderalismusreform vor fünfzehn Jahren im Jahre 2006 wie ein Geschwür.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen für unsere Gesellschaft die Pandemie zu bekämpfen und anschließend deren Aus- und Nachwirkungen aufzuarbeiten, erscheint das politische Festhalten an diesen unterschiedlichen Kräfteverhältnissen zwischen den Bundesländern mehr als anachronistisch.

Die Justiz trägt als dritte Gewalt zu der notwendigen Sicherheit für unsere demokratische Staatsstruktur bei - sie in einzelnen Bundesländern durch Einsparungen und Budgetkürzungen weiterhin auszuhöhlen ist mehr als unannehmbar für uns alle.

Wenn der öffentliche Dienst und damit auch die Justiz, wie von unserem DBB-Chef Ulrich Silberbach gefordert „besser, schneller, smarter und digitaler werden soll, dann müssen unsere Arbeitgeber auch die Herausforderung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt annehmen. So bewertete der DBB-Chef Silberbach im Spitzengespräch mit Bundesinnenminister Horst Seehofer kritisch die aktuelle Lage der Justiz, dass zwar anerkannt werden muss, dass im Bereich der Sicherheitskräfte ein massiver Personalzuwachs erfolgt ist: „aber im Bereich der Justiz klafft nach wie vor eine gewaltige Personallücke. Unsere Justizkräfte werden angesichts der Aufgaben, die sie häufig nicht in den vorgegebenen Fristen erledigen können, demotiviert.“ Dem können wir nur zustimmen!

Insbesondere im Hinblick auf die kürzlich gefassten Beschlüsse der JuMiKo zum „Pakt für den Rechtsstaat 2.0“ möchten wir kritisch anmerken, dass die Fälle der Justiz auch nach der vollständigen Digitalisierung von Menschen bearbeitet werden, die von Maschinen unterstützt werden. Dieser Aspekt gerät leider sehr oft in diesem Zusammenhang in Vergessenheit.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft wird sich daher weiterhin für eine einheitliche Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und der Attraktivität der Arbeitsplätze für alle Justizbediensteten in allen Bundesländern einsetzen.

Ihr/Euer

Emanuel Schmidt  
Bundesvorsitzender  
Deutsche Justiz-Gewerkschaft

## Bundesleitung:

## eJustice kommt – der Mensch geht?

### Kein Verlust an Aktualität

**Unter diesem Motto stand der hessische Gewerkschaftstag 2015 und die Botschaft des damaligen Vorsitzenden Norbert Jungermann in seiner Ansprache an die politischen Verantwortlichen. Die Botschaft hat an seiner Aktualität auch 6 Jahre später nichts verloren.**

*„...Die Einführung neuer Systeme ist nicht nur bereits im Vorfeld arbeitsintensiv, wie Mitglieder in Personalvertretungsgremien und den inzwischen eingerichteten Arbeitskreisen feststellen konnten. Nein, Mehrarbeit wird uns, und davon sind wir überzeugt, weiterhin erhalten bleiben...“*

Im Jahr 2021 können wir feststellen, dass es die damit verbundene Mehrarbeit tatsächlich gibt.

In einigen Bundesländern sieht das Personalvertretungsrecht die Gremienbeteiligung nicht vor, wenn es sich um eine „Pilotierung“ handelt. So werden dort die Personalvertretungsgremien erst gar nicht eingebunden, sondern lediglich informiert, wenn die Tatsachen mehr oder weniger schon geschaffen sind. In einigen Ländern steht eine Novellierung der Personalvertretungsgesetze an, daher muss unbedingt darauf geachtet werden, dass solche Umstände gestrichen bzw. erst gar nicht aufgenommen werden.

*„...Die Einführung elektronischer Systeme bindet nicht nur Menschen mit zusätzlicher Arbeit, sondern stellt auch in finanzieller Hinsicht keine Kleinigkeit dar. Und weil ein Haushalt vor dem Hintergrund der – auch in unserer hessischen Verfassung inzwischen verankerten – sogenannten Schuldenbremse aufgestellt werden muss, haben wir es erleben dürfen, dass der Mensch in Form der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes immer bestens bespart werden kann.*

*Deswegen befürchten wir, dass der Personalabbau weiter fortgeführt wird.*

*Auch die neuen elektronischen Abläufe werden sicherlich als Begründung herhalten, um für einen weiteren Personalabbau eine Rechtfertigung zu finden. ...“*

Der Presse war anlässlich der JuMiKo 2021 zu entnehmen, dass die hessische Justizministerin zunächst gar keine Personalverstärkung betreiben, sondern die Digitalisierung vorantreiben will, während Hamburg und Rheinland/Pfalz auf Personalverstärkung setzten.

So ist es anlässlich der Aufarbeitung der Pandemie begrüßenswert, dass am Ende Geld für beides zur Verfügung gestellt werden soll.

Denn steigende Zahlen in Insolvenz-, Zwangsvollstreckungs-, Zwangsversteigerungsverfahren, sowie Bußgeld-/Strafverfahren wegen Verstößen gegen Pandemiegesetze etc. werden die gesamte Justiz als Pandemie-Spätfolge zusätzlich über eine längere Zeit belasten.



Mit den Worten: *„... wir haben nicht nur bereits einen Wandel erfahren müssen, uns steht ein noch größerer bevor...“* verband Kollege Jungermann folgenden Appell an die Volksvertreter:

- ☺ **Nehmen Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz ernst.**
- ☺ **Bringen Sie ihnen Ihren Respekt entgegen, indem Sie sie nicht durch weiteren Personalabbau mit Mehrarbeit ‚verheizen‘.**
- ☺ **Lassen Sie sie an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.**

Vor dem Hintergrund der anstehenden Tarifverhandlungen, schließt sich die Bundesleitung diesen Appellen — die heute so aktuell wie damals sind — vollinhaltlich an!

Eure Bundesleitung

## Presseerklärung:

### Pakt für den Rechtsstaat 2.0

#### Forderungen der DJG fanden in der 92. Justizministerkonferenz Gehör

**Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft begrüßt ausdrücklich den Beschluss der 92. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister in ihrer Frühjahrskonferenz vom 16.06.2021, die Personalverstärkungen in der Justiz nachhaltig fortzusetzen und die Digitalisierung der Justiz in Form eines „Pakt für den Rechtsstaat 2. 0“ voranzutreiben.**

Die DJG hatte bereits in ihrer Pressemitteilung vom 12.04.2021, nach dem Bekanntwerden der erschreckend geringen Einstellungszahlen für den nicht-richterlichen Dienst in der Justiz, gefordert, den bisherigen „Pakt für den Rechtsstaat“ fortzusetzen. Hiermit sollten endlich die Voraussetzungen von Seiten des Bundes und der Länder unterstützt werden, eine Einstellungsoffensive angesichts vielfältiger neuer Aufgabenzuwächse für die Justiz in den nächsten Jahren zu realisieren.

Dieser Forderung konnte sich die 92. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister in ihrer Frühjahrskonferenz vom 16. Juni 2021 in Form eines entsprechenden gemeinsamen Beschlusses nunmehr anschließen. Dieser Beschluss der JUMIKO wird von der Deutschen Justiz-Gewerkschaft daher ausdrücklich als richtungsweisend begrüßt.

Die Länderjustizministerinnen und Länderjustizminister haben in ihrem Beschluss die Notwendigkeit zusätzlicher Ausstattungen in personeller und sachlicher Hinsicht ange-

sichts zunehmender Aufgabenzuweisungen durch die Bundesgesetzgebung an die Justiz der Länder erkannt und hier eindeutig um Abhilfe durch den Bund gebeten.

Die Herausforderungen durch Digitalisierung, elektronischer Akte und weiterer notwendiger infrastruktureller Veränderungen sollte alle Akteure in Bund und Ländern veranlassen, für die Stärkung und den Erhalt unseres Rechtsstaates die notwendigen Mittel und Ressourcen bereitzustellen. Für die Deutsche Justiz-Gewerkschaft stellt außerdem der demographische Wandel und damit die Notwendigkeit einer Nachwuchsgewinnung eine besonders dringende Komponente in diesen Überlegungen dar, wie der Bundesvorsitzende Emanuel Schmidt betonte.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft trägt nunmehr die Hoffnung, dass durch das jetzige Beschlussignal aus der 92. Justizministerkonferenz eine Handlung bei den Verantwortungsträgern auf Bundesebene angestoßen werden kann. Notwendig wäre es zudem, im Zuge einer neuen Regierungsbildung nach den Bundestagswahlen 2021 diese Aufgabe zur fortgesetzten Stärkung des Rechtsstaats („Pakt für den Rechtsstaat 2.0“) ebenso in mögliche Koalitionsvereinbarungen der künftigen Regierungsparteien verbindlich aufzunehmen.

Zu den Beschlüssen im einzelnen:

[https://www.justiz.nrw.de/JM/jumiko/beschluesse/2021/Fruerjahrskonferenz\\_2021/TOP-I\\_-1-u-I\\_-20---Pakt-fuer-den-Rechtsstaat.pdf](https://www.justiz.nrw.de/JM/jumiko/beschluesse/2021/Fruerjahrskonferenz_2021/TOP-I_-1-u-I_-20---Pakt-fuer-den-Rechtsstaat.pdf)

## Fachbereich Tarif:

### Verfassungsbeschwerde und nun?

#### Sachstand der Verfahren zur Eingruppierung in die Entgeltgruppe 9a TV-L



**Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und das Land Berlin haben gegen die Entscheidungen des BAG vom 09.09.2020 Verfassungsbeschwerde eingelegt.**

Mit Spannung erwarten wir die Entscheidung, ob das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde annehmen und eine Entscheidung fällen wird. Bis dahin sind weitere, von der DJG initiierte Verfahren bei Landesarbeitsgerichten und beim Bundesarbeitsgericht ruhend gestellt worden. Selbstverständlich gilt weiterhin, DJG Mitglieder erhalten Rechtsschutz und Unterstützung für etwaige Anträge auf Höhergruppierung.

Es zeichnet sich bereits jetzt schon ab, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) bei den im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst die Gespräche mit harten Bandagen führen wird. Für die DJG werden die Kollegen Wolf-Dieter Müller und Karen Altmann, als Mitglieder der Bundestarifkommission, an den Gesprächen teilnehmen.

Es könnte ein stürmischer Herbst mit Blick auf die Tarifrunde 2021 werden, so der stellvertretende Bundesvorsitzende Wolf-Dieter Müller.

*Karen Altmann  
Vorsitzende Fachbereich Tarif*

Online-Umfrage:

## Rückkehr aus dem Home-Office in die Amtsstuben



Am 30.06.2021 endete die Corona-Notbremse und damit auch die Home-Office-Pflicht. Viele Kolleginnen und Kollegen mussten nach Monaten im Home-Office wieder zurück ins Büro. Neudeutsch wird dies „Reboarding“ genannt.

In einigen Bundesländern hat es den Anschein, als könne es den Dienstherren nicht schnell genug gehen, die Kolleginnen und Kollegen wieder zurück in die Amtsstuben zu holen. Obgleich mit dem Ende der Notbremse die Empfehlung ausgesprochen wurde, dass weiterhin möglichst viele MitarbeiterInnen von zu Hause aus arbeiten.

Leider wird von dieser Empfehlung kaum Gebrauch gemacht. Einerseits wird damit argumentiert, dass die Inzidenzzahlen stetig sinken, andererseits werden wir täglich mit den steigenden Zahlen der Deltavariante überhäuft. Gerade unter den MitarbeiterInnen die bisher kein Impfangebot erhalten haben, steigt die Unsicherheit. Auch

gibt es viele Unsicherheiten was die Schutzquote der verschiedenen Vakzine betrifft.

Leider ist der föderale Flickenteppich, was die Umsetzung des Home-Office in der Justiz betrifft, genauso hoch, wie die Maßnahmen zum Reboarding.

### JETZT BIS DU GEFRAGT!!!

Wir wollen uns einen Überblick über die Situation und den Meinungen aus der Praxis verschaffen. Dazu fordern wir alle Kolleginnen und Kollegen auf, an unserer Online-Umfrage zum Thema Home-Office, teilzunehmen. Auch NichtmitgliederInnen können sich gerne an unserer Umfrage beteiligen.

Wir hoffen auf Eure rege Teilnahme, damit wir uns für Eure Belange mit einem repräsentativen Ergebnis einsetzen können.

Hier der Link zu unserer Umfrage:

<https://ecv.microsoft.com/H2GnxJUYj2>

*Vielen Dank vorab, Eure Bundesleitung!*



## Aus den Landesverbänden ...

LV Hessen:

### digitaler Branchentag mit hessischer Beteiligung

Branchentag des DBB 2021

Am 08.06.2021 diskutierten MitgliederInnen der DJG mit dem stv. Bundesvorsitzenden des Fachvorstands Tarifpolitik des dbb, Volker Geyer und der DJG-Bundesleitung. Für Hessen konnten wir 4 MitgliederInnen aus der Justizpraxis gewinnen, die sich dieser Diskussion stellten.

U.a. schilderten unsere Vertreterinnen eindrucksvoll, wie sie die technische Ausstattung als auch die Eingruppierung und damit auch die Wertschätzung ihrer Arbeit empfinden. Bemängelt wurde insbesondere die technische Ausstattung im Ausbildungsbereich der Beschäftigten während der Pandemiehochzeit. So hat es den Anschein, dass andere Bereiche der Justiz-Ausbildung problemlos mit Laptops und Zugängen für das Homeoffice ausgestattet wurden, während im Ausbildungsbereich der Justizfachangestellten bei einigen Ausbildungsgerichten – aus welchen Gründen auch immer - gar keine Ausstattung zur Verfügung gestellt wurde.

Einigkeit der Hessinnen bestand darin, dass gerade im Justizbereich attraktive Arbeits- und Rahmenbedingungen für Bestandsbeschäftigte und Azubis geschaffen werden müssen. Nur so lässt sich die anstehende vollumfängliche Digitalisierung in der Justiz – und nicht nur in Hessen - umsetzen.

Bei den Branchentagen treffen sich in ganz Deutschland die Beschäftigten einzelner Berufsgruppen, um mit dbb-

Vertretern über die Situation in ihren Arbeitsbereichen und die Erwartungen an die kommende Einkommensrunde zu diskutieren. Die Ergebnisse der Gespräche fließen in die endgültige Forderung des dbb an die Arbeitgeber ein. Die Einkommensrunde 2021 für die Beschäftigten der Länder wird im Herbst beginnen. Die Bundestarifkommission des dbb wird daher demnächst die Forderungen beschließen.

Flyer des DBB zu dieser Gesprächsrunde:

[Flugblatt Einkommensrunde 2021 Nr. 3 dbb](#)



*Silke Gölzenleucher  
2. Landesvorsitzende DJG-Hessen*

LV Baden-Württemberg:

## Ohne höheren Bildungsabschluss auf dem Abstellgleis

Servicebereich kommt nicht zum Zug



In der Justiz Baden-Württemberg gelangen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Servicebereich immer mehr auf das Abstellgleis. Abstellgleis, weil es

- schier keine Karrieremöglichkeiten gibt,
- der Verdienst zum Leben und Sterben nicht reicht,
- immer weniger Personal mehr Arbeit schultern muss,
- Urlaubstage verfallen,
- sich horrende Mehrarbeitsstunden anhäufen,
- Krankenfehltag wegen steigender Arbeitsverdichtung in die Höhe schießen,
- und vorbereitende, höherwertige Tätigkeiten nicht honoriert werden.

Im Servicebereich sind mittlere Beamtinnen und Beamte, sowie Tarifangehörige tätig.

Mit zunehmender Digitalisierung in der Justiz Baden-Württemberg werden immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Servicebereich wegrationalisiert. Entweder werden freiwerdende Stellen nicht neu besetzt oder es wird kein Nachwuchs eingestellt. Oder neu geschaffene Richterstellen, Staatsanwaltsstellen oder Rechtspflegerstellen werden mit Haushaltsstellen aus dem Servicebereich gegenfinanziert.

### Immer homogener

Eine Frage, die mich beschäftigt ist, ob sich die Justiz Baden-Württemberg zu einem Arbeitgeber entwickelt, der ausschließlich Personal mit höherem Bildungsabschluss beschäftigen möchte. Jüngst hat sich die Justiz Baden-

Württemberg vom sehr gut funktionierenden Gerichtsvollzieher aus dem mittleren Dienst verabschiedet. Es gibt nun den studierten Gerichtsvollzieher, der genau die gleichen Tätigkeiten verrichtet, wie die Kolleginnen und Kollegen aus dem mittleren Dienst – halt ohne Fachhochschulabschluss. Ich habe Befürchtungen, dass die politisch Verantwortlichen künftig augenfällig eher die Interessen der diplomierten Gerichtsvollzieher vertreten.

Sorge bereitet mir auch die Tatsache, dass Führungskräfte in den Dienststellen der Justiz Baden-Württemberg immer weniger Fingerspitzengefühl im Umgang, Förderung und Wertschätzung mit Tarifangehörigen und Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes zeigen. Das spiegelt sich in meiner Einschätzung, dass eher die Interessen des „gleichen Standes“ vertreten werden. Dass die genannten Führungskräfte bei der Personalpolitik des Landes keinen einfachen Stand haben, sage ich damit nicht. Wenn ich zum Beispiel von Tarifangehörigen immer wieder höre, dass Verwaltungsleitungen die vorhandenen Möglichkeiten einfach nicht nutzen, um ihre gute Arbeit zu honorieren, dann stützt das meine Meinung. Egal, ob es sich um einen Festvertrag, um die Vergabe einer Zulage oder um eine Höhergruppierung handelt.

### Abbild der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Meine oben geschilderte Meinung zeigt sich auch in der Besetzung des Hauptpersonalrats. Anstelle an „Macht“ und seinem „Sitz“ in diesem Personalgremium festzuhalten, wäre es richtiger gewesen, im Vorfeld dafür zu sorgen, dass sich die Beschäftigtenstruktur in der Justiz Baden-Württemberg im Hauptpersonalrat abbildet. Es ist wichtig, dass zum Beispiel im Hauptpersonalrat jemand sitzt, der tatsächlich im Justizwachtmeisterdienst arbeitet. Wenn einem Mitglied des Hauptpersonalrats nur immer wieder von der schwierigen Situation im Justizwachtmeisterdienst erzählt wird, geht was verloren. Das heißt nicht, dass sich Mitglieder des Hauptpersonalrats wie zum Beispiel Rechtspfleger oder Justizvollzugsbeamte nicht um die Belange des Justizwachtmeisterdienstes kümmern möchten. Der springende Punkt ist, dass sie die Situationen einfach nicht aus ihrem eigenen Erleben kennen und beurteilen können.

*Reinhard Ringwald,  
Landesvorsitzender DJG-BW*

LV Saar:

## Erfolgreiche Personalratswahlen im Saarland

Am 5. Mai 2021 fanden in der saarländischen Justiz Personalratswahlen statt. Für den Hauptpersonalrat der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Vollzugsanstalten gingen im Beamtenbereich 4 Listen (DJG; gemeinsame Liste der Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher und Bewährungshelfer; BSJ – Alle Generationen für den Vollzug und ver.di) an den Start. Im Beschäftigtenbereich wurden zwei Listen eingereicht (DJG und ver.di).

Die DJG im Saarland konnte dabei in allen Bereichen ihr in 2017 bereits sehr gutes Ergebnis noch erheblich steigern. Im Hauptpersonalrat stellen wir nunmehr 6 von 9 Sitzen. Ein besseres Ergebnis hat ein einzelner Verband noch nie erreicht!

Der Hauptpersonalrat der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Vollzugsanstalten beim Ministerium der Justiz setzt sich für die nächsten 4 Jahre wie folgt zusammen:

Vorsitzender:	Dirk Biegel, Justizamtsinspektor	DJG
Stellv. Vorsitzende:	Katja Leidner, Justizbeschäftigte	DJG
weitere Mitglieder:	Marco Besselt, Justizhauptsekretär	DJG
	Sabine Scholtes, Justizamtsinspektorin	DJG
	Thomas Rudy, Justizamtsinspektor	DJG
	Alexandra Klein, Justizbeschäftigte	DJG
	Markus Wollscheid, Amtsinspektor im JVD	BSJ (im BSBD)
	Sascha Klein, Obersekretär im JVD	BSJ
	Mathias Bölinger, Justizinspektor	BDR

Auch bei den örtlichen Personalratswahlen bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und der SKFP haben die Kolleginnen und Kollegen der DJG hervorragende Ergebnisse erzielt. Mit Verena Klos beim Ministerium der Justiz, Stephanie Baltés beim Landgericht, Thomas Hemgesberg bei der Staatsanwaltschaft und Generalstaatsanwaltschaft, Marc Steis beim Arbeitsgericht, Landesarbeitsgericht und Finanzgericht des Saarlandes, Verena Zimmer beim Amtsgericht Völklingen, Thomas Pirali beim Amtsgericht St. Wendel, Gabriela Hell beim Amtsgericht Lebach und Dirk Biegel beim Saarländischen Oberlandesgericht stellen engagierte Kolleginnen und Kollegen der DJG den Vorsitz in den örtlichen Personalräten.

Wir danken an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen, die bereit waren, auf einer Liste der DJG zu kandidieren sowie allen, die uns mit ihrer Stimme ihr Vertrauen gegeben haben. Euer Vertrauen ist für uns Ansporn, unsere Arbeit mit demselben Elan und Sachverstand fortzuführen, was wir alle miteinander versprechen!  
DANKE!



Dirk Biegel  
Landesvorsitzender DJG-Saar

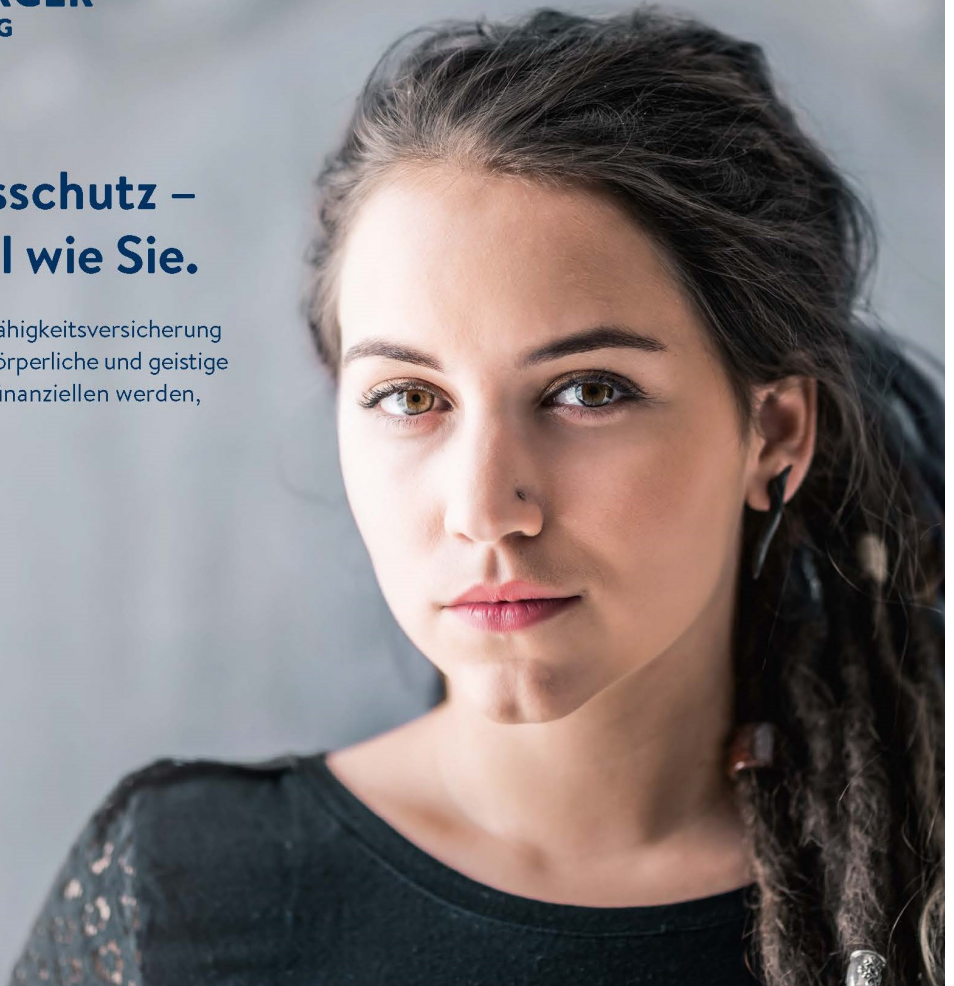


**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

## Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



### Termine 2021:

Sitzung Bundesleitung:	30.07.2021 bis 01.08.2021
Sitzung Bundesleitung:	04.09.2021 bis 05.09.2021
Seminar mittl. Dienst:	09.09.2021 bis 12.09.2021
Sitzung Bundesleitung:	14.10.2021 bis 15.10.2021
Bundesvorstandssitzung:	15.10.2021 bis 16.10.2021
Fachbereich Tarif:	16.10.2021 bis 18.10.2021



### Impressum:

#### Herausgeber:

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.  
Mitglied im dbb beamtenbund und  
tarifunion

#### V.i.S.d.P.:

Emanuel Schmidt  
Bundesvorsitzender  
Geschäftsstelle:  
Saarbrücker Str. 69  
66625 Nohfelden-Türkismühle  
[redaktion@djg-bund.de](mailto:redaktion@djg-bund.de)

**Redaktion/Layout:** DJG-Bundesleitung

**Bildmaterial/Illustrationen:**

S. Gölzenleuchter; D, Biegel;  
Peggy und Marco Lachmann-Anke, Pixabay;

#### Autoren:

Emanuel Schmidt  
Dirk Biegel  
Reinhard Ringwald  
Karen Altmann

Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige Autor  
verantwortlich.